

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

19. Oktober 2018

zum Thema

**„Ausbildung statt Abschiebung“ –
der Aufstand der Wirtschaft für eine Lösung der Vernunft:
1.000 Unternehmen und viele neue Promis aus der Wirtschaft mit
einer klaren Ansage; EU-Kommission wird aktiv**

Weitere Referent/innen:

- **Franz Baumann** (Baumann Glas)
- **Claus Grübl** (Comak-Beratung)
- **Thomas König** (Agentur Reichl und Partner)
- **Doris Minich** (Minich's Gärten)
- sowie per Videobotschaft **Gerhard Drexel** (Vorstandsdirektor Spar WarenhandelsAG), **Marcel Haraszti** (Vorstand Rewe International), **Hans-Peter Haselsteiner** (Strabag AG), **Johann Scheuringer** (Josko Fenster) und **Klaus Schmid** (ETECH)
- und schriftlich von **Karl-Heinz Strauss** (Porr AG)

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

**„Ausbildung statt Abschiebung“ –
der Aufstand der Wirtschaft für eine Lösung der Vernunft:
1.000 Unternehmen und viele neue Promis aus der Wirtschaft mit einer
klaren Ansage; EU-Kommission wird aktiv**

Lehrstellenkrise in Zahlen & Fakten:

Mit September sind 7.715 Lehrstellen österreichweit als sofort verfügbar gemeldet, das sind gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr 1.002 mehr offene Lehrstellen (+14,9 %). Der Mangel an Lehrlingen nimmt folglich massiv zu.

Hauptbetroffen davon ist Oberösterreich mit 1.873 offenen und sofort verfügbaren Lehrstellen per September, hier wird sogar ein Plus von 32,3 % verzeichnet – innerhalb eines Jahres wurden 457 weitere Lehrstellen gemeldet, die nicht besetzt werden können.

Viele Betriebe bzw. Branchen finden immer schwieriger Lehrlinge bzw. später Fachkräfte, dies zeigt die Auswertung des AMS zu den offenen Lehrstellen lt. definierter bundesweiter Mangelberufsliste: 1.375 offene Lehrstellen in Mangelberufen in ganz Österreich. Unter die bundesweite Mangelbranchen fallen etwa Installations-/Gebäudetechnikerin, Elektrotechnikerin, KFZ-Technikerin oder Spenglerin.

Der Lehrlingsmangel spitzt sich zu, wie die Daten des AMS zu offenen, sofort verfügbaren Stellen mit mindestens Lehrabschluss lt. Fachkräftemangelliste zeigen: 15.255 Stellen in ganz Österreich sind derzeit unbesetzt, davon allein in Oberösterreich 4.433 Stellen. Der Fachkräftemonitor zeigt für OÖ eine dramatische Prognose: Für Fachkräfte mit schulischer Ausbildung wird für das Jahr 2030 ein Engpass von absolut 31.000 und relativ 16,1% prognostiziert. Fachkräfte mit Lehrabschluss weisen 2030 den höchsten absoluten Engpass in Höhe von 58.000 Fachkräften auf.

Erlass zum Aus der Lehre

Durch den Beschluss der Regierung vom 12. September 2018 und einem darauffolgenden Erlass des Sozialministeriums wird der Erlass vom 18.09.2015, GZ BMASK-435.006/009-VI/B/7/2015 mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die durch diesen Erlass ersetzten Erlässe vom 14. Juni 2012 und 18. März 2013 treten

nicht wieder in Kraft. Bereits erteilte Bewilligungen für Lehrlinge bleiben bis zum Ablauf der Geltungsdauer gültig.

Alle anhängigen und neu eingebrachten Anträge sind nach Maßgabe des Erlasses vom 11.05.2004 zu erledigen:

Der *Bartensteinerlass*- des ehem. Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit vom April 2004 mit der Geschäftszahl 435.006/6-II/7/04 schränkte im Durchführungserlass zum EU-Erweiterungs-Anpassungsgesetz die Beschäftigungsbewilligungsmöglichkeiten auf Saisonbeschäftigung ein (dort sind wir nun wieder angelangt):

„Für § 19-Asylwerber (Anm.: nunmehr in § 13 Asylgesetz - „Aufenthaltsrecht“ - geregelt) sind im Hinblick auf die derzeitige Arbeitsmarktsituation und deren nur vorläufiges Aufenthaltsrecht, das auf Grund der künftig wesentlich rascher abgeschlossenen Asylverfahren in der Regel nur von kurzer Dauer sein wird, Beschäftigungsbewilligungen auch nach der dreimonatigen Wartefrist nur im Rahmen von Kontingenten gemäß § 5 zu erteilen.““

Trotz der zuerst gegebenen mündlichen Zusagen der Bundesregierung, z.B. der Wirtschaftsministerin, eine Lösung für die aktuell schon beschäftigten Lehrlinge zu suchen und keine Abschiebungen während deren Ausbildung vorzunehmen, gab es wenig später auch hier die Hiobsbotschaft: keine Übergangsregelung. Somit sind Abschiebungen weiterhin während der Lehre, sogar direkt vom Arbeitsplatz weg, möglich. Bereits über 600 Lehrlinge sind aktuell nach einem Negativbescheid in 1. Instanz von Abschiebung bedroht.

Bruch der EU-Aufnahmerichtlinie für „effektiven Arbeitsmarktzugang“ ab dem neunten Aufenthaltsmonat

Artikel 15 der EU Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU

Beschäftigung

(1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass der Antragsteller **spätestens neun Monate nach der Stellung des Antrags auf internationalen Schutz Zugang zum Arbeitsmarkt erhält, sofern die zuständige Behörde noch keine erstinstanzliche Entscheidung erlassen hat** und diese Verzögerung nicht dem Antragsteller zur Last gelegt werden kann.

(2) Die Mitgliedstaaten beschließen nach Maßgabe ihres einzelstaatlichen Rechts, unter welchen Voraussetzungen dem Antragsteller Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt wird, wobei sie gleichzeitig für **einen effektiven Arbeitsmarktzugang für Antragsteller sorgen**.

Aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik können die Mitgliedstaaten Bürgern der Union, Angehörigen der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und rechtmäßig aufhältigen Drittstaatsangehörigen Vorrang einräumen.

(3) Das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt darf während eines Rechtsbehelfsverfahrens, bei dem Rechtsmittel gegen eine ablehnende Entscheidung in einem Standardverfahren aufschiebende Wirkung haben, bis zum Zeitpunkt, zu dem die ablehnende Entscheidung zugestellt wird, nicht entzogen werden.

Nach einem Beschluss des Ministerrats der österreichischen Regierung vom 12. September 2018 wird der bisher einzige mögliche Arbeitsmarktzugang (neben kurzzeitigen Arbeitsmarktzugängen), die Lehre für Asylwerber bis 25 Jahren in Mangelberufen gestrichen.

In § 4 Abs 1 Z 1 Ausländerbeschäftigungsgesetz findet sich die innerstaatliche Gesetzesbestimmung hinsichtlich des Arbeitsmarktzugangs für Asylwerber/innen. Demnach kann Asylwerber/innen bereits im laufenden Asylverfahren eine Beschäftigungsbewilligung erteilt werden wenn „[...]der Ausländer [...] seit drei Monaten zum Asylverfahren zugelassen ist [...]“.

Jugendliche Asylwerber/innen konnten bis zum Beschluss seit dem Jahr 2012 eine Bewilligung für eine Lehre in einem Beruf erhalten, in dem das AMS einen Lehrlingsmangel verzeichnet. Mit einem Erlass des Arbeitsministers aus dem Jahr 2012 wurden die Beschäftigungsmöglichkeiten für jugendliche AsylwerberInnen bis 18 Jahre festgelegt und in einem weiteren Erlass aus dem Jahr 2013 auf Jugendliche bis 25 Jahre erweitert.

LR Rudi Anschober hat sich nun aufgrund des Aus der Lehre in Österreich – als einzige Möglichkeit des Job-Zugangs für Asylwerbende – durch die Bundesregierung an EU-Kommissionspräsident Juncker gewandt – mit der Frage nach einem möglichen Bruch der EU-Aufnahme-Richtlinie durch Österreich. Ebenso hat sich MEP Monica Vana im EU-Parlament mit einer schriftlichen Anfrage des Themas angenommen und fragt auch: „Entspricht es in diesem Zusammenhang der Intention der AufnahmeRL, dass von den 904 Lehrlingen ein Drittel unmittelbar von Abschiebung bedroht sind und einige dieser Abschiebungen bereits durchgeführt wurden, da im Gegensatz zu Deutschland bislang von Österreich keine Regelung zum Schutz dieser Lehrlinge beschlossen wurde.“

Die EU-Kommission sieht die Problematik gegeben und hat eine Überprüfung der Umsetzung der AufnahmeRL in den Mitgliedstaaten angekündigt, wörtlich heißt es in der Stellungnahme von Kommissar Avramopoulos zur Umsetzung der AufnahmeRL (RL2013/33/EU):

„Nach der Richtlinie über Aufnahmebedingungen tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, einem Antragsteller spätestens neun Monate nach der Stellung eines Antrags auf internationalen Schutz Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, sofern noch keine Entscheidung erlassen wurde und die Verzögerung nicht dem Antragsteller zur Last gelegt werden kann.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, unter welchen Voraussetzungen Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt wird, wobei sie gleichzeitig für einen effektiven Arbeitsmarktzugang sorgen. Aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik können die Mitgliedstaaten außerdem Arbeitsmarkttests einführen und Bürgern der Union, Angehörigen der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und rechtmäßig aufhältigen Drittstaatsangehörigen Vorrang einräumen.

Die Kommission führt derzeit eine Konformitätsbewertung der Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten durch, einschließlich der Umsetzung der Richtlinie durch Österreich. Sobald die Bewertung abgeschlossen ist, wird die Kommission über die nächsten Schritte entscheiden.“

Monika Vana, Vizepräsidentin der Grünen im Europaparlament, betont: *"Die EU-Kommission prüft derzeit, ob der Arbeitsmarktzugang für Asylwerber/innen in Österreich mit dem aktuell gültigen Europarecht vereinbar ist. Ein wichtiger Schritt, denn schwarzblau blockiert wo es nur geht. Wir arbeiten auf europäischer Ebene daran, dass Asylwerber/innen scheller einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Als Kompromiss mit EU-Kommission und Mitgliedstaaten gibt es eine offizielle Einigung auf künftig sechs statt wie bisher neun Monate Wartefrist. Leider wird das, sowie die gesamte Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems unter österreichischem EU-Ratsvorsitz auf die lange Bank geschoben."*

Mehrere betroffene Unternehmer/innen haben mittlerweile Rechtsschritte gegen die Verweigerung des Genehmigungsbescheids für die Ausübung einer Lehrstelle durch Asylwerbende in ihrem Betrieb eingereicht. Einige unter Berufung auf die EU-AufnahmeRL, einige aufgrund der Tatsache, dass ihnen die Genehmigung verweigert wurde, obwohl sie mehrere Wochen VOR dem Erlass vom 12.9. - also bei offenem Zugang zur Lehrstelle für Asylwerbende - den Antrag eingebracht haben. Offenbar wurden 111 entsprechende Anträge von Unternehmen vom AMS aufgrund einer Weisung des Sozialministeriums nicht mehr bearbeitet.

Diese könnte rechtswidrig gewesen sein.

Ausbildung statt Abschiebung in Zahlen:

- 63.000 Unterstützer/innen der Petition
- 75 Promis von Politiker/innen – Christian Kern, Josef Muchitsch; Reinhold Mitterlehner, Otmar Karas; Sepp Schellhorn; Alma Zadic über Sportler/innen von Hermann Maier bis Toni Innauer bis hin zu Schauspieler/innen wie Katharina Stemberger und Harald Krassnitzer
- 100 Gemeinden mit 2,7 Millionen Einwohner/innen, davon 57 ÖVP-geführte Gemeinden
- 11.000 offene Briefe wurden mittlerweile direkt von Engagierten an Bundeskanzler Kurz bzw. an die Bundesregierung geschickt

Der Aufstand der Wirtschaft für die Menschlichkeit

Bereits 1.000 Unternehmen sind aktiv!!

Darunter die heute anwesenden Betriebe Comak- Beratung, Reichl und Partner, Minich's Garten oder Baumann Glas – sowie Vertreter/innen von großen Handels- und

Industrieunternehmen, wie Gerhard Drexel (Vorstandsdirektor Spar WarenhandelsAG), Marcel Haraszti (Vorstand Rewe International), Hans-Peter Haselsteiner (Strabag AG), Johann Scheuringer (Josko Fenster und Türen) oder Klaus Schmid (ETECH), die heute ihre Videobotschaften zur Unterstützung von „Ausbildung statt Abschiebung“ zur Verfügung gestellt haben.

Videos online unter www.anschober.at

Karl-Heinz Straus, Porr AG:

„Wir suchen laufend Nachwuchskräfte. In einigen Bundesländern finden wir leicht passende Lehrlinge, in anderen dauert die Suche etwas länger. Die Ausbildung von Flüchtlingen ist eine Chance für uns – und die gesamte Branche. Wir arbeiten schon seit Jahren erfolgreich mit dem Verein Lobby16 und dem AMS zusammen, haben Flüchtlinge bei uns im Betrieb aufgenommen und ermöglichen ihnen eine Baulehre. Unsere Erfahrungen sind sehr gut: Die Lehrlinge sind motiviert und wollen wirklich etwas leisten. Oft gehören Flüchtlinge auf der Berufsschule zu den Besten. Wenn jemand engagiert seine Lehre macht und erfolgreich abschließt, dann sollte er auch die Möglichkeit bekommen in Österreich zu bleiben.“

Johann Scheuringer (Josko Fenster und Türen):

„Gerade bei uns im Bau-Nebengewerbe ist die Facharbeiter-Situation sehr angespannt – besonders draußen auf der Baustelle, aber auch in unseren Betrieben. Wir bilden seit über 60 Jahren Lehrlinge aus, jeder einzelne ist sehr wichtig und hat sehr spezifisches Know-how. Von den aktuell 40 Lehrlingen sind drei Asylbewerber, zwei mit positivem Bescheid, einer hat einen negativen Bescheid bekommen (aus Afghanistan, sehr integriert). Grundsätzliche sollten wir die dreifache Zahl an Lehrlingen aufnehmen, um auch unsere zukünftigen Pensionisten zu ersetzen. Davon sind wir zur Zeit weit entfernt. Dieses Thema ist für die Zukunftsfähigkeit von Josko und unserer Gesellschaft zu wichtig. Nicht Ideologie, sondern Pragmatismus ist hier angesagt.“

Hans-Peter Haselsteiner (Strabag AG)

„Die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ zu unterstützen, ist ein Gebot für jeden Humanisten. Wenn sie auch noch so viel wirtschaftlichen Sinn macht, ist es wohl selbstverständlich, dass die Wirtschaft geschlossen dahinter steht.“

Gerhard Drexel (Vorstandsdirektor Spar WarenhandelsAG):

„Junge Asylwerber, die eine Lehre antreten durften, abzuschieben, widerspricht jeder Logik und Menschenfreundlichkeit. Es widerspricht jeder wirtschaftlichen Logik, weil es sich hier ausschließlich um Mangelberufe handelt und sich für diese Lehrstellen keine österreichischen Lehrlinge haben finden lassen. Diese hier betroffenen Asylwerber in Lehre sind enorm wichtig für die österreichische Wirtschaft. Jeder Jugendliche braucht eine Perspektive – deshalb ersuche ich alle politisch Verantwortlichen, dass diese Lehrlinge ihre Lehre abschließen dürfen und während ihrer Lehrzeit jedenfalls nicht abgeschoben werden dürfen.“

Klaus Schmid (ETECH):

„Wir arbeiten an zehn Standorten und bilden 70 Lehrlinge aus. Die durch die Ausbildung von Lehrlingen gewonnenen Facharbeiter sind die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Leider ist es uns heuer nicht gelungen, die Lehrstellen mit qualifizierten österreichischen Lehrlingen besetzen zu können. Ich freue mich daher, dass ich diese sechs Lehrstellen Asylsuchenden anbieten habe können. Für die Geflüchteten ist die Lehre eine besondere Gelegenheit sich zu integrieren und eine solide Ausbildung zu erhalten. Aber auch wir Betriebe und die österreichische Wirtschaft sind im Vorteil und profitieren von Fachkräften, die wir in Zukunft dringend benötigen.“

Marcel Haraszti (Vorstand Rewe International):

„Wir haben bei uns, bei der REWE in Österreich 1.800 Lehrlinge beschäftigt. Wir suchen jedes Jahr sehr viele Lehrlinge, finden leider nicht genug. Von den 1.800 Lehrlingen sind 40 Lehrlinge sogenannte geflüchtete Jugendliche, dieses Jahr kommen noch 19 hinzu. Wir wollen, dass sie ihren Abschluss machen. Sie sind ein wichtiger Teil unseres Unternehmens, und sollten auch Teil unserer Mannschaft bleiben. Meines Erachtens ist Ausbildung der strategische Grundpfeiler für eine gelungene Integration.“